



Mehr Eigenverantwortung für Landwirt und Verbraucher.

Im Verhältnis von Landwirtschaft-Verbraucher-Politik müssen wir grundsätzlich umdenken. Politik darf sich nicht mehr bis in das kleinste Detail der Arbeitsweise von Landwirten einmischen. Wir brauchen klare Vorgaben in Sachen Umwelt und Tierschutz. Wie diese Ziele erreicht werden, ist jedoch allein die Entscheidung der Landwirte. Innovative Lösungen im Einklang mit einer guten fachlichen Praxis entstehen nicht in den Schreibstuben der Ämter, Politiker und NGO's, sondern durch den Mut und das Engagement freier Landwirte.

Auch Verbraucher müssen umdenken. Statt staatlicher Bevormundung brauchen wir Eigenverantwortung. **Konsumsteuern wie die Tierwohlabgabe sind ineffizient und intransparent.** Sie belasten Verbraucher und es ist unklar, wie viel Unterstützung am Ende bei den Landwirten ankommt.

Stattdessen fordern wir eine **steuerliche Förderung für Produkte aus artgerechter Haltung.** So entstehen keine Mehrkosten für Verbraucher, keine neue Bürokratie, und das Engagement des Landwirts wird direkt belohnt. Begleitet werden muss dies natürlich durch eine klare Kennzeichnung der Produkte. Es braucht maximale Transparenz für Verbraucher. Ein **europaweites Tierwohllabel** ist daher notwendig. Somit ist am Ende ohne staatliches Eingreifen allen geholfen: Tieren, Verbrauchern, Landwirten.



Agrarpolitik re-nationalisieren, Förderung regionalisieren.

Die Agrarpolitik sollte auf nationaler Ebene gestaltet werden. Denn die zuverlässige Versorgung mit Nahrungsmitteln liegt im ureigenen Interesse jedes souveränen Staates. Vor Ort kennt man Probleme und Chancen der eigenen Landwirtschaft am besten. Ziel muss es sein, regionale Familienbetriebe zu erhalten. Sie sind es in erster Linie, die Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Umwelt betreiben. Daher brauchen wir eine **Kappung der EU-Direktzahlungen bzw. eine deutliche Verlagerung auf die ersten Hektar.**

Der Ausverkauf der deutschen Landwirtschaft an überregionale Investoren muss hingegen gestoppt werden. Eine florierende Landwirtschaft braucht freie Bauern, und keine schlecht bezahlten Lohnarbeiter für Aldi und Co. Daher darf die Agrarförderung grundsätzlich nur noch an ortsansässige Landwirte gehen. **Überregionale Investoren müssen von der Förderung ausgeschlossen werden.**

Mehr Wettbewerb. Aber fair.

Der freie Welthandel ist gut und wichtig. Er wird aber dann zum Problem, wenn völlig unterschiedliche Ausgangsbedingungen herrschen. Während deutsche Landwirte Jahr für Jahr strengere Auflagen an Umwelt, Natur- und Tierschutz bekommen, müssen Landwirte

auf anderen Kontinenten keine vergleichbaren Standards einhalten. Das ist ein unfairer Wettbewerb.

Daher lehnen wir Freihandelsabkommen wie MERCOSUR ab. **Freihandel ja, aber nur mit Ländern die zu unseren sozialen und ökologischen Standards produzieren.**

Auch innerhalb von Europa und Deutschland herrscht ein ungleicher Wettbewerb. Der einzelne Landwirt sieht sich einem Oligopol von wenigen großen Lebensmittel Einzelhändlern und Verarbeitungsbetrieben ausgesetzt.

Während die Erzeugerpreise für Landwirte seit Jahrzehnten gleich bleiben bzw. sogar sinken, steigen die Gewinne von Aldi, Tönnies und Co. stetig. **Unsere Landwirte dürfen nicht zu Lohnsklaven von Lebensmittelindustrie- und Einzelhändlern werden.** Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um den Anteil der Landwirte an der Wertschöpfung zu erhöhen und ihre



Gesellschaftlichen Wert der Landwirtschaft würdigen.

Die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln bildet die Existenzgrundlage jeder Gesellschaft. Daher ist die **Arbeit unserer Landwirte ein systemrelevanter Faktor**, und muss auch als solcher durch Politik und Gesellschaft gewürdigt werden. Landwirte leisten aber auch im Umwelt- und Naturschutz einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag. Sie sorgen für den Erhalt unserer wunderschönen Kulturlandschaft. Besonders Weidetierhalter

sind in der Landschaftspflege unverzichtbar. Die Bewirtschaftung von schützenswerten Flächen ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aber oft nicht sinnvoll. Daher muss das Engagement der Landwirte finanziell gewürdigt werden.

Die Ausbreitung des Wolfes dagegen ist mit der naturnahen Weidetierhaltung nicht vereinbar. Effektiver Herdenschutz kann nur bedeuten, dass der Wolfsbestand konsequent reguliert wird. Daher muss der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden.



Tierwohl in bäuerlicher Verantwortung.

Der Begriff „Massentierhaltung“ wird der Problematik von mangelhaften Haltungsbedingungen nicht gerecht. Tierwohlprobleme kann es in großen und kleinen Betrieben geben. Vermehrt treten Verstöße gegen den Tierschutz oder ethisch fragwürdige Haltungsbedingungen jedoch dort auf, wo die Tierhaltung weniger bäuerliche, sondern industrielle Züge annimmt. In diesen Betrieben wird das einzelne fühlende Lebewesen zum reinen Produktionsmittel. Neben einer konsequenten Umsetzung der Tierschutzgesetze trägt daher die Unterstützung klassischer Familienbetriebe am ehesten zur Förderung des Tierwohls bei. Artgerechte Haltungssysteme müssen gefördert, und Bauprojekte durch vereinfachte Genehmigungsverfahren unterstützt werden. Außerdem braucht es eine **Kopplung der Tierhaltung an die Fläche.**

Kurz und knapp

- **Der Green Deal ist ein schlechter Deal**
 - ▶ Die 4%-ige Flächen-Zwangsstillegung durch den Green Deal muss rückgängig gemacht werden.
- **Verschärfte Düngeverordnung abschaffen**
 - ▶ Eine bedarfsgerechte Düngung muss im gesamten Bereich der Pflanzenproduktion möglich sein.
 - ▶ Es braucht eine präzisere Binnendifferenzierung der roten Gebiete mit aktuellen, regionsspezifischen Nitrat-Messwerten und Berücksichtigung von Verursachern für Nitratbelastung außerhalb der Landwirtschaft.
 - ▶ Das Nitratmessstellennetz muss zu einem repräsentativen und verursacherbezogenen Messstellennetz neu gestaltet werden.
 - ▶ Die Auflagen der verschärfte Düngeverordnung müssen sofort aktualisiert werden, da diese auf nicht repräsentativen Nitratmessungen beruhen.
- **Der Bodenspekulation entgegenwirken**
 - ▶ Keine Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte.
 - ▶ Der steuerfreie Grunderwerb durch Investoren (Share Deals) muss unterbunden werden – die bestehende Grundverkehrsbeschränkungen für landwirtschaftliche Flächen müssen auf den Handel mit Anteilen von Gesellschaften ausgeweitet werden.
 - ▶ Dem Ausbau der Agri-Photovoltaik stehen wir kritisch gegenüber. Die ökologischen Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag. Landwirtschaftsfremde Investoren werden verstärkt in den Markt drängen und die Pachtpreise zusätzlich anheizen.
- **Naturschutz statt sogenanntem „Klimaschutz“**
 - ▶ Die CO² Speicherleistung der Land- und Fortswirtschaft muss honoriert werden, in dem sie mit dem gängigen Marktpreis aus Finanzmitteln der CO² Abgaben vergütet wird.
 - ▶ Um die Konkurrenzfähigkeit der deutsche Landwirte zu erhalten, brauchen wir eine Steuerbefreiung für Agrardiesel.



Kurz und knapp

- **Schweinemarkt in Deutschland retten, totalen Strukturbruch verhindern**
 - ▶ Maßnahmen zur Versorgungssicherung und Marktpreisstützung für Schweinefleisch ergreifen
 - ▶ Verbindliche 5-D Kennzeichnung für Frischfleisch und verarbeitete Produkte
- **Regionalisierung und Direktvermarktung fördern**
 - ▶ Ausbau regionaler Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften
 - ▶ Chancen der Digitalisierung nutzen
- **Tiertransporte reduzieren**
 - ▶ Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe
 - ▶ Lebendtiertransporte in Drittländer verbieten
- **Versorgungslage mit Milch für die Bevölkerung sichern – Wettbewerb bei Molkereien erhalten**
 - ▶ Weiteren Rückgang der Milcherzeugerbetriebe stoppen
 - ▶ Monopolbildungen verhindern – Seriöse Handelspraktiken durch konsequente Umsetzung der UTP-Richtlinien durchsetzen und harte Strafen für unlauteren Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel

Julian Schmidt
AfD-Kreissprecher
Marburg-Biedenkopf

Uwe Schulz, MdB
AfD-Kreissprecher Gießen

Freie Bauern auf freier Scholle.

Eine gesunde bäuerliche Landwirtschaft ist unverzichtbar für die Unabhängigkeit und Stabilität eines Landes. Denn die eigenständige Versorgung mit Nahrungsmitteln bildet die Grundlage für ein funktionierendes gesellschaftliches Zusammenleben. Daher liegt es im Interesse unserer Politik, bestmögliche Bedingungen für unsere Bauern herzustellen.

Es braucht einen grundlegenden Richtungswechsel der Agrarpolitik, und in unserem gesellschaftlichen Verhältnis zur Landwirtschaft.

Unsere Bauern müssen ohne übertriebene staatliche Einmischung, frei in ihren Entscheidungen nach guter fachlicher Praxis wirtschaften können. Wir brauchen mehr Eigenverantwortung für Landwirte und Verbraucher, ohne staatliche Bevormundung und durch Steuern erzwungene Umerziehung. Außerdem mehr freien und fairen Wettbewerb auf Augenhöhe. Agrarpolitik muss auf nationale und regionale Bedürfnisse eingehen, den Umwelt- und Naturschutz unserer Landwirte belohnen, und ihren gesellschaftlichen Wert angemessen würdigen.

Faire Politik für Landwirte und Verbraucher: AfD.



Agrarpolitisches Leitbild

- ✗ **Mehr Eigenverantwortung für Landwirt und Verbraucher.**
- ✗ **Mehr Wettbewerb. Aber fair.**
- ✗ **Agrarpolitik re-nationalisieren, Förderung regionalisieren.**
- ✗ **Gesellschaftlichen Wert der Landwirtschaft würdigen.**
- ✗ **Tierwohl in bäuerlicher Verantwortung.**

Gerne kommen wir mit Ihnen in Kontakt:

✉ uwe.schulz@bundestag.de ☎ 030 227 78242

Vi.S.d.P.
Uwe Schulz, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Uwe Schulz, Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreis 173, Gießen/Alsfeld
Mitglied Wirtschaftsausschuss
Mitglied Landwirtschaftsausschuss (stv.)

Julian Schmidt,
Leiter MdB-Büro Uwe Schulz
und Fachreferent Landwirtschaft
Wirtschaftsingenieur und Landwirt

Unsere Positionen



zur

Agrarpolitik

**Deutschland.
Aber normal.**

TEAMSCHULZ